

Ansprache von Kaspar Villiger zu 150-Jahre-Jubiläum der AIHK,
gehalten am 2. Mai 2024 an der AIHK Jubiläumsversammlung in Baden

Vergangenheit darf man feiern, Zukunft muss man erarbeiten

Gratulation

Es ist mir eine Ehre, dass ich am grossen Jubiläum Ihrer Industrie- und Handelskammer die Festrede halten darf. Als Luzerner (mit einem alten Freiämter Bürgerrecht) habe ich dem Aargau zweierlei Wichtiges für mein Leben zu verdanken. Erstens hat mir die Alte Kantonsschule Aarau neben schönen Erinnerungen jenen Bildungsrucksack mitgegeben, von dem ich bis heute zehre. Zweitens weckte meine Tätigkeit zuerst als Mitglied der alten Handelskammer und dann als Präsident des Arbeitgeberverbandes mein Interesse an der Politik. Die brillanten wirtschaftspolitischen Analysen des damaligen Handelskammerdirektors Hans Hemmeler weckten meine Leidenschaft für liberale Ordnungspolitik. Als Unternehmer hatte ich auch sehr bald die Bedeutung der politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erkannt. Deshalb forderte ich in meiner ersten Präsidialadresse an der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes die Unternehmer auf, selber in der Politik Verantwortung zu übernehmen. Das entnahm der Vorstand meiner liberalen (heute freisinnigen) Ortspartei der Zeitung und forderte mich an einer Sitzung ultimatim auf, mit dem guten Beispiel voranzugehen und mich als Kandidat für den Grossen Rat zur Verfügung zu stellen. Mein Widerstand blieb umsonst, und damit begann meine politische Karriere. Sonst wäre ich kaum je in die Politik eingestiegen.

Schon damals erfüllten Handelskammer und Arbeitgeberverband wichtige Dienstleistungen für die ebenfalls schon damals schweizweit unterschätzte Aargauer Wirtschaft. Wir kamen eines Tages in beiden Vorständen zum Schluss, dass durch eine Fusion der beiden Verbände nicht nur Doppelspurigkeiten beseitigt und Synergien genutzt werden könnten, sondern dass sich auch das politische Gewicht noch steigern liesse. Der Zusammenschluss wurde offensichtlich zur Erfolgsstory.

Wenn ich jeweils Ihre Monatsschrift und Ihren Jahresbericht lese, so bin ich von der Breite und Qualität Ihrer Tätigkeit beeindruckt, von der Effizienz Ihrer vielfältigen Dienstleistungen ebenso wie von der Qualität Ihrer Analysen, Ihrer Bedeutung als vertrauenswürdige Sparringpartnerin der Aargauer Politik und Ihrer wichtigen Brückenfunktion zwischen Wirtschaft und Öffentlichkeit. Von Ihren 150 Jahren durfte ich immerhin rund 60 als Unternehmer, Soldat, Politiker und Beobachter miterleben. Wenn man Ihre heutige Mitgliederliste mit derjenigen der Siebzigerjahre vergleicht, lassen sich die fundamentalen Umwälzungen feststellen, die in dieser Zeit stattgefunden haben.

Dass die Aargauer Wirtschaft nach wie vor - wie schon damals - praktisch Vollbeschäftigung bietet, gute Löhne zahlt, sprudelnde Steuern abliefern, Mitarbeitende aus- und weiterbildet, Strukturen anpasst und Innovationen entwickelt, zeugt von Ihrer Lebenskraft und Kreativität. Im Gleichschritt damit hat sich auch Ihr Verband entwickelt und angepasst. Ich gratuliere Ihnen herzlich zu diesem grossen Geburtstag und wünsche Ihnen für die kommenden Jahrzehnte viel Erfolg!

Zerfall der globalen Sicherheitsordnung

Wie Sie dem Titel meines Vortrags entnehmen können, interessiert mich trotz meines fortgeschrittenen Alters die Zukunft eher mehr als die Vergangenheit. Ich habe den Eindruck, dass die Schweiz seit dem Weltkrieg noch nie vor so vielen grossen Herausforderungen stand, wie gerade jetzt. Lassen Sie mich dazu einige Überlegungen formulieren!

Weltordnungen zwischen dominierenden Mächten waren schon immer stetem Wandel unterworfen. Zurzeit erleben wir den rasanten Zerfall der unipolaren Ordnung, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gebildet hatte. Sie hatte die Hoffnung erweckt, Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft würden als universelle Werte die Welt zu Frieden und Wohlstand führen. Schon seit einigen Jahren begann diese Ordnung aber zu schwächeln, und der Angriff Russlands auf die Ukraine versetzte ihr schliesslich den Todesstoss. Eine mächtige autokratische Achse mit Russland, China, Iran und Nordkorea hat sich gebildet, die sich den westlichen Werten von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten entschlossen entgegenstellt. Auf der Gegenseite stehen – um nur die wichtigsten zu nennen – die USA, die EU, Japan und Südkorea als zwar wenig homogene, aber funktionsfähige Demokratien, die deren Grundwerte vertreten und leben. Dazwischen besteht ein buntes Feld von mehr oder weniger perfekten Demokratien und Autokratien sowie taumelnden oder scheiternden Staaten, die weder die eine oder andere Seite klar unterstützen. Eine alte Ordnung liegt in Trümmern, eine neue ist noch nicht in Sicht. Das sind immer gefährliche Zeiten.

Drei Vorstellungen, die nach dem Ende des Kalten Krieges unsere Hoffnung auf eine bessere Welt beflügelt hatten, erwiesen sich als Illusionen. Es ist erstens nicht so, dass die wissenschaftlich nachgewiesene bessere Performance von Demokratien gegenüber populistischen und autokratischen Regimes allen Staaten der Welt Anreize setzt, den Demokratien nachzueifern. Im Gegenteil: Für Autokraten ist sie eine Bedrohung, gegen die sie alle Mittel in Bewegung setzen. Es ist zweitens nicht so, dass wirtschaftliche Macht die militärische ersetzen kann. Die fatalen Folgen der Übernutzung der sogenannten Friedensdividende im Westen belegen das jetzt drastisch. Drittens stimmt es nicht, dass wirtschaftliche Verflechtung Kriege immer zu verhindern vermag. Diese drei Erkenntnisse haben konkrete Folgen für das Leben der Demokratien in der Welt der nächsten Jahrzehnte und damit auch für die Schweiz.

Ich will fünf wichtige Konsequenzen dieser Entwicklung aufzählen: Erstens wird sich der demokratische Westen vom Ehrgeiz verabschieden müssen, seine Werte als global verbindlich durchsetzen zu wollen. Er hat dafür schlicht nicht die Kraft. Das darf aber nicht heissen, dass er diese Werte auf dem eigenen Territorium nicht hegt und pflegt. Aber der Fokus auf Selbsterhaltung wird an die Stelle des Anspruchs auf missionarische globale Verbreitung des eigenen Narrativs treten. Weil zweitens die Achse der Autokraten zusammen mit der bunten Schar der Unentschiedenen die rasch wachsende Mehrheit der Weltbevölkerung umfasst, ist langfristig eine Marginalisierung des stagnierenden Demokratieblocks nicht auszuschliessen, etwa wenn die atlantische Zusammenarbeit weiter bröckelte, sich die USA in die Isolation zurückzögen und die EU trotz wirtschaftlicher Stärke ein militärischer Zwerg bliebe. Das zu verhindern wird Kraft und Geld brauchen. Ob die wohlstandsverwöhnten Bürger der westlichen Demokratien dafür die Kraft aufbrächten und sogar Wohlstandsverluste in Kauf nähmen, ist fraglich. Es werden sich drittens drei Werteräume bilden, die nurmehr wenig gemeinsam haben werden: ein freiheitlich demokratischer, ein autokratisch-etatistischer und ein chaotisch-vielfältiger mit Elementen beider Seiten und unterschiedlichen Mischungsverhältnissen. Die beiden Hauptblöcke werden sich allerdings auf minimale, aber hinreichend durchsetzbare Regeln des Zusammenlebens einigen müssen. Einerseits

gibt es Schnittmengen der Interessen in Bereichen, deren Probleme nur gemeinsam lösbar sind, etwa die globale Erwärmung, die Bekämpfung von Pandemien oder die Massenmigration. Andererseits geht es um die Vermeidung von Konflikten mit einem Eskalationspotential bis zur Zerstörung des menschlichen Lebens auf dem Planeten. So gesehen ist zu begrüßen, dass die Chinesen und Amerikaner wieder miteinander sprechen, was immer auch dabei herauskommen mag.

Diese minimalen Regeln werden kaum die Tiefe des heutigen Völkerrechts haben. Der Westen wird vor allem die Länder der dritten Gruppe nicht mit seinen Werten überfordern dürfen, um sie nicht ins Autokratielager abzurängen. Sogar eine imperfekte, aber einigermaßen erfolgreiche Demokratie wie Indien lehnt die extreme Aufoktroierung westlicher Werte – etwa in Freihandelsverträgen – als Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Das alles wird für die westlichen Demokratien, auch für die Schweiz, eine Gratwanderung in schwierigen Grauzonen sein. Viertens wird die neue Mächtekonstellation den internationalen Handel negativ beeinflussen. Das wird jetzt schon deutlich sichtbar. Protektionismus ist wieder salonfähig geworden, Handelshemmnisse aller Art nehmen zu, Sanktionsregimes komplizieren den Handel, an die Stelle eines transparenten Steuerwettbewerbs ist ein intransparenter Subventions-Dschungelkrieg getreten, und Unternehmen diversifizieren zur Reduktion einseitiger Abhängigkeiten ihre Lieferketten unter Inkaufnahme höherer Kosten. Alles das behindert den freien Welthandel. So dürfte es beispielsweise für Konzerne schwieriger werden, gleichzeitig auf zwei Hochzeiten zu tanzen, der amerikanischen und der chinesischen. Das kürzlich in den Medien beschriebene Problem von ABB mit den Hafenkranen ist ein kleines Beispiel dafür.

Umgekehrt ist allen klar, dass ein signifikanter Rückbau des globalen Handels alle ärmer macht und die Armut auf der Welt explosiv wieder ansteigen liesse. Deshalb wird die Globalisierung nicht einfach wieder verschwinden. Ein Bestand multilateraler Handelsregeln im Rahmen der WTO dürfte erhalten bleiben, und neue grossräumige plurilaterale Handelsregeln dürften entstehen. Allzu strikte moralische Vorgaben für Freihandelsabkommen oder ständig verschärfte Haftungsregeln für Exportfirmen, wie sie etwa die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative oder das EU-Lieferkettengesetz vorsehen, dürften vor allem gewissen armen Ländern schaden, weil unberechenbare Rechtsrisiken international tätige Firmen zum Verzicht auf Investitionen in diesen Ländern veranlassen könnten. Ein Fünftes ist von besonderer Bedeutung. Die wachsende politische Impotenz der UNO und die vor allem in Ukrainekrieg sichtbar gewordene Unfähigkeit der USA, zusammen mit der NATO gleichzeitig mehrere Konfliktherde zu befrieden, gibt grösseren und kleineren Autokraten die Gewissheit, hier und dort Konflikte auslösen zu können, ohne mit einer wirksamen Bestrafung rechnen zu müssen. Das sehen wir zurzeit in mehreren Regionen, etwa in Berg-Karabach, im Sudan, im Gazastreifen oder in Afghanistan.

Obwohl der Ukrainekrieg zunächst den demokratischen Westen auf eindrückliche Weise zu einen vermochte, erweitern sich zurzeit wieder die Risse innerhalb und zwischen der EU und den USA. Das erschwert eine wirksame Antwort der westlichen Demokratien auf die Aggressionen von Russland und Hamas. Die Ereignisse seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sollten auch den grössten Optimisten klar gemacht haben, dass das nuklear hochgerüstete Russland zur grössten Herausforderung für ein friedliches und prosperierendes Europa geworden ist. Ein Sieg Russlands über die Ukraine, der leider nicht mehr auszuschliessen ist, hätte vier verheerende Folgen. Er würde erstens Putins Hunger nach noch mehr nicht stillen, sondern beflügeln. Zweitens würden die zu erwartenden russischen Massaker in der Ukraine zu einem gewaltigen Flüchtlingsstrom mit destabilisierender Wirkung in westliche Länder führen. Ohnehin ist auch die politische Destabilisierung Europas eines der Ziele Putins. Drittens würde weltweit der Glaube an die Fähigkeit von EU, USA und NATO, in ihrem Umfeld Konflikte

bewältigen zu können, massiv beschädigt, was – wie schon erwähnt – Warlords in weiteren Gebieten zur Auslösung von Konflikten ermutigen würde. Viertens kämen viele Staaten zum Schluss, dass nur eigene Atomwaffen hinreichenden Schutz vor Aggressionen böten, was eine eigentliche Welle der Proliferation solcher Waffen auslösen dürfte. Der Ausgang des Ukrainekonflikts ist deshalb für eine künftige globale Sicherheits- oder Unsicherheitsordnung von schicksalhafter Bedeutung, auch für die Schweiz.

Eine Strategie für die Schweiz in schwieriger Zeit

Die Herausforderungen, vor denen die Schweiz steht, lassen sich in drei Kategorien einteilen: Erstens die äusseren, die wir nicht beeinflussen können. Dazu gehören etwa die Erschwerungen im Aussenhandel, die erhöhte Gefahr hybrider und heisser Kriege, mögliche Schockwellen der gigantischen globalen Verschuldung, die Mindeststeuerproblematik oder die CO₂-Problematik. Dazu kommen zweitens innere Herausforderungen, die kaum beeinflussbar sind, etwa die Demografie (die uns weit grössere Probleme bescheren wird, als viele das heute wahrhaben wollen), das hohe Kostenniveau, der Druck des Wechselkurses oder die Kleinheit unseres Binnenmarktes. Drittens nun stehen wir vor schwierigen innenpolitischen Problemen, die theoretisch lösbar wären, aber durch politische Blockaden mit gefährlichen Folgen unlösbar zu werden drohen. Ich denke an den Reformstau in wichtigen Bereichen, die Kompromissresistenz durch Polarisierung, die Verschlammung des Erfolgsfaktors Föderalismus oder die wachsende Skepsis der Wirtschaft gegenüber.

Eine rationale politische Strategie müsste zum einen den nicht beeinflussbaren Herausforderungen mittels merklicher Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Stärkung der Resilienz des Systems Schweiz begegnen und zum andern den beeinflussbaren Herausforderungen durch eine Revitalisierung unsere Kompromisskultur und durch die Auflösung des Reformstaus. Das könnte konkret ein vierstufiges Reformprogramm erfordern:

- 1) Die Auflösung des Reformstaus,
- 2) die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen,
- 3) die Erhaltung der finanziellen Resilienz und
- 4) den Wiederaufbau der Verteidigungsfähigkeit des Landes.

Natürlich gibt es auch andere wichtige Baustellen, aber in kritischen Zeiten gilt es, sich auf das Wesentliche zu fokussieren und das Dringliche vom lediglich Wünschenswerten zu trennen. Ich will kurz auf die vier Stufen eingehen.

1) Auflösung des Reformstaus

Der Reformstau betrifft erfolgskritische Schlüsselbereiche. Ich will vier davon hervorheben: Die langfristige Sicherung der Altersvorsorge, ein zentraler Faktor des nationalen Zusammenhalts, wobei der Volksentscheid über die 13. AHV-Rente die ohnehin schon dramatische Unterfinanzierung des wohl wichtigsten Sozialwerks signifikant verschlechtert; die Sicherung des Zugangs zum wichtigsten Exportkunden, dem EU-Binnenmarkt, wo sich die Schweiz im Clinch einer Totalverweigerung von rechts und einer partikularegoistischen Blockade durch die Gewerkschaften befindet; die Sicherung der Stromversorgung, wo wir fahrlässigerweise gleichzeitig mit stürmischen Elektrifizierungsinitiativen den

Ausstieg aus der sicheren und CO₂-neutralen Kernkraft beschlossen haben; sowie die Anpassung der Neutralitätspolitik an das neue sicherheitspolitische Umfeld.

In allen diesen zentralen Bereichen liegen machbare Lösungskonzepte vor. Dass wir trotz leidenschaftlichen politischen Auseinandersetzungen bisher nicht weitergekommen sind, ist die Folge einer schleichenden Veränderung unserer bisher so erfolgreichen politischen Kultur der Konsensfindung. Zwei folgenschwere Veränderungen scheinen mir feststellbar: Erstens die zunehmende Kompromissresistenz unseres immer polarisierteren Parteiensystems und zweitens der allmähliche Übergang von einer Selbstverantwortungs- zu einer Anspruchsgesellschaft.

Die Polparteien haben gemerkt, dass man mit eingängigen vermeintlichen Wahrheiten, auf denen man kompromisslos beharrt und die man gebetsmühlenartig wiederholt, Wahlen gewinnen kann. Deshalb ist ihr Interesse an Wahlerfolgen grösser als an Lösungen. Gewiss sind in einer Demokratie klar unterscheidbare Positionen wichtig, damit die Menschen unter unterschiedlichen Politikentwürfen auswählen können. Demokratie, und vor allem direkte, braucht aber auch Kompromissfähigkeit, um nicht in eine Blockierungsfalle zu geraten.

Dazu kommt ein weiteres: Die Polparteien haben sich zu eigentlichen Misstrauensunternehmen entwickelt, denen die Diffamierung des politischen Gegners ebenso wichtig wie die Darstellung der eigenen Ideen ist. Das schafft ein allgemeines Klima des Misstrauens, und dies nicht nur dem politischen Gegner gegenüber, sondern auch gegenüber den Institutionen. Wir wissen aber aus der Verhaltensökonomie, dass das allgemeine Vertrauensniveau positiv mit dem pro-Kopf-Einkommen korreliert. Man könnte also verkürzt sagen, dass der Heimat schadet, wer nur Misstrauen sät.

2) Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Alles, was der Staat leisten muss oder was man von ihm an Leistungen wünscht, muss jemand bezahlen. Das ist unmöglich ohne Unternehmen, die gut entlohnte Arbeitsplätze anbieten, Steuern bezahlen, Lehrlinge ausbilden, Innovationen entwickeln, Risiken eingehen sowie gute Produkte und Dienstleistungen zu vernünftigen Preisen anbieten. Wenn unsere Unternehmen das alles bisher nicht geleistet hätten, ginge es uns bei weitem nicht so gut. Zwar hat die Schweiz punkto Standortqualität nach wie vor Spitzenratings. Allerdings sind bei näherem Besehen Erosionserscheinungen unverkennbar. Zudem werden einige Konkurrenzländer besser, und die von uns nicht beeinflussbaren Bedingungen verschlechtern sich, wie oben geschildert. Deshalb müssten wir allein schon zur Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit die Rahmenbedingungen permanent verbessern.

Aber offensichtlich halten wir unseren Wohlstand für selbstverständlich und sozusagen gottgegeben. Statt dass wir den Unternehmen angesichts des garstigen Umfeldes das Leben erleichtern, tun wir das Gegenteil und erschweren das Unternehmertum mit ständigen neuen Auflagen, Vorschriften, Berichtspflichten, Haftungstatbeständen (neuerdings möglicherweise noch mit Sammelklagen, ein Gottesgeschenk für die Klageindustrie), Quotenregelungen, Einschränkungen der Arbeitsmarktflexibilität und dergleichen. In der politischen Pipeline sind Volksinitiativen, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern würden. Drei Vorlagen zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind vor dem Volk gescheitert. Wirtschaftsfeindliche Volksinitiativen haben plötzlich Chancen, vom Volk angenommen zu werden. Das alles ist Symptom einer zunehmenden Skepsis jener Institution gegenüber, die gut und besser als die Politik funktioniert, der Wirtschaft.

Natürlich geschieht auch in der Wirtschaft vieles, was die Menschen zurecht erzürnt, nicht anders als in anderen Bereichen auch, in denen wir fehlbaren Menschen tätig sind. Weder die Krisen der Swissair vor 23 Jahren und der UBS vor 15 Jahren noch jetzt der CS hätten geschehen dürfen. Spitzensaläre für Versager sind ein Ärgernis, und Betrüger finden sich auch in der Wirtschaft. Aber das alles rechtfertigt es nicht, ein hervorragend funktionierendes Wirtschaftssystem permanent schlechtzureden, das uns einen Lebensstandard ermöglicht, um den uns praktisch alle Länder beneiden. Natürlich ist auch in der Schweiz nicht alles perfekt. Natürlich gibt es auch bei uns noch Armut, die man vielleicht noch gezielter mildern könnte. Natürlich ist auch bei uns die Chancengleichheit noch nicht voll realisiert. Aber gerade in Bereichen wie Armut, Ungleichheit, Kaufkraft, Integrationsfähigkeit und dergleichen steht die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut da. Aber offenbar gelingt es der Linken, durch fortgesetzte populistische Verzerrungen und krampfhaft negative Interpretation von Statistiken ein Klima gefühlter Ungerechtigkeit und gefühlten Opferseins zu erzeugen, das politisch relevant wird. Die nüchterne Information der Wirtschaft über die realen statistischen Zustände, wie sie etwa in den Lohnstrukturerhebungen des Bundes zu finden sind, haben dem offensichtlich emotional wenig entgegensetzen.

Die Wirtschaft muss sich aber bewusst sein, dass sie unter ständiger kritischer Beobachtung steht und dass einzelne Missbräuche immer das Potential haben, die Wirtschaft als ganze in Verruf zu bringen. Wie alle Vertreter der sogenannten Eliten haben auch die Wirtschaftsführer eine gesellschaftspolitische Verantwortung, die weit über die Einhaltung des gesetzlich Vorgeschriebenen hinausgeht. Dem Leitbild des ehrbaren Kaufmanns zu folgen ist angesichts des widrigen politischen Umfeldes wichtiger denn je. Ohne fähige Expats würde unsere Wirtschaft auch nicht auskommen, aber es dürfte sich lohnen, sie besser mit den helvetischen Besonderheiten vertraut zu machen. Gerade in international tätigen Unternehmen wird man angelsächsisch geprägte Kulturen nie ganz ausmerzen können. Aber die Manager müssen lernen, dass sich ein zu grosser Clash mit der hiesigen mittelständisch geprägten Kultur in einer direkten Demokratie verheerend auswirken kann.

3) Fiskalische Resilienz

Der Staat muss jene Instrumente bereitstellen, die ihm das Überleben unter Umständen ermöglichen, die er nicht beeinflussen kann. Der Modebegriff für diese Überlebensfähigkeit heisst Resilienz. Sie bedeutet einerseits, Widerstand gegen auftretende Gefahren leisten zu können, und andererseits über die Mittel zu verfügen, allfällige Schäden wieder zu reparieren, also die Kombination von Widerstands- und Regenerationsfähigkeit. Zurzeit stehen zwei Erfordernisse im Vordergrund: Die Erhaltung der finanziellen Stärke der Schweiz und die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Armee.

Die finanzielle Stärke der Schweiz ist sozusagen ihre Allzweckwaffe der Resilienz. Sie ermöglicht nicht nur die Finanzierung der Instrumente, die der Widerstandskraft dienen, sondern auch der Finanzierung der Reparatur von allfälligen Schäden, eines gegebenenfalls notwendigen Wiederaufbaus oder auch eines wirtschaftlichen Stimulierungsprogramms. Das hat gerade in der jüngsten Vergangenheit hervorragend funktioniert: Dank der nicht zuletzt wegen der Schuldenbremse disziplinierten Finanzpolitik konnten die gigantischen Coronahilfen problemlos und ohne Gefährdung unseres Top-Ratings gestemmt werden. Die finanzielle Stärke des Bundes kommt nun allerdings unter enormen Druck. Drei Entwicklungen sind dafür von besonderer Bedeutung.

Erstens nimmt die Bedeutung sogenannt «stark gebundenen» Ausgaben laufend zu. Es handelt sich um in Verfassung oder Gesetz festgeschriebene Ausgaben, die im Budgetprozess nicht beeinflusst werden können und deren Veränderung langwierige Verfassungs- oder Gesetzesänderungsprozesse benötigt, deren Erfolgchancen immer offen sind. Von den zurzeit rund 80 Milliarden Bundesausgaben sind rund zwei Drittel derart gebunden.

Zweitens steigen viele dieser Ausgaben jährlich nicht nur mit der Wirtschaftsleistung an, sondern noch viel stärker. Deshalb werden die Steuereinnahmen nicht mehr mithalten können. Weit rascher als das BIP wachsen etwa die Beiträge an die AHV oder an die Prämienverbilligung der Krankenkassen. Wenn das Volk noch die Volksinitiativen über die Prämiendeckung, über die Erhöhung der Ehepaarrenten sowie zur Ausmerzung der «Heiratsstrafe» annehmen würde, ergäbe alles das in rund zehn Jahren Mehrkosten von bis zu 25 Milliarden jährlich, und diese Ausgaben würden auch nach den zehn Jahren munter weiterwachsen. Das hält ein Staat schlicht nicht ewig durch.

Drittens schliesslich bestehen in praktisch allen anderen Bereichen Bedürfnisse nach Mehrausgaben, ohne die offenbar die Katastrophe droht: Landwirtschaft, Bildung, Eisenbahn, Eigenmietwert, KITAs etc.

Das Parlament hat sich bisher als unfähig erwiesen, das Dringliche vom Wünschbaren zu trennen, weil es offensichtlich das Populäre dem Wichtigen vorzieht. Dass das Parlament fremdes Geld mit vollen Händen ausgibt, als ob das staatliche Füllhorn unerschöpflich wäre, reflektiert natürlich den schleichen- den Übergang unserer Leistungsgesellschaft in eine Anspruchsgesellschaft. In der Politik geht es letztlich immer um die Verteilung knapper Güter. Plötzlich allerdings scheint Knappheit wie von Zauberhand überwindbar: Für Banken und Stromkonzerne scheinen Milliarden zur Verfügung zu stehen, während Corona sprudelte das staatliche Füllhorn unbegrenzt, Parteien lancieren milliardenteure Initiativen ohne jede Rücksicht auf die Kosten, im Ausland zaubern findige Finanzminister milliardenschwere Sondervermögen (der Euphemismus für neue Schuldenberge) aus dem Nichts. Seltsamerweise lindert die Beregnung mit der gigantischen staatlichen Giesskanne den Durst der Beglückten nicht, sondern sie steigert ihn und weckt auch den Durst der noch nicht Beglückten. Wären die Schuldenbremsen nicht, so wäre das Glück auf Erden vollkommen. Plötzlich wäre die Erfüllung aller Ansprüche ohne Leistung möglich. Ich fürchte allerdings, dass solcher Überschwang wie immer in der Geschichte böse enden würde.

Der bequeme Ausweg ist der Versuch, nach Wegen zu suchen, wie die lästige Schuldenbremse gelockert oder ausgetrickst werden könnte. Die Argumente sind die gleichen, die schon gegen die Einführung der Schuldenbremse ins Feld geführt worden waren und die sich nachträglich alle als unbegründet erwiesen. Zu Recht lässt die Schuldenbremse in Notfällen ausserordentliche Ausgaben zu, aber der Versuch, zur Umgehung der Schuldenbremse normale und gegebenenfalls vernachlässigte Staatsaufgaben als ausserordentlich zu deklarieren, ist ein Verfassungsbruch. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht einem solchen Versuch unlängst einen Riegel geschoben.

Natürlich ist die Verschuldung der Schweiz so günstig, dass eine massvolle Erhöhung der Schuldenquote vertretbar wäre. Drei Gründe sprechen indessen dafür, die Schuldenbremse nicht aufzuweichen. Erstens muss ein unabhängiger Kleinstaat, der nur begrenzte Ressourcen hat, der vom Export lebt und dem in einer Krise niemand hilft (wie einem EU-Staat) finanziell überdurchschnittlich solide sein. Zweitens käme aller politischen Erfahrung nach bei einem solchen Dammbbruch alles ins Rutschen, was

einen der besten Trümpfe unseres Landes gefährden würde. Drittens ist die Wahrscheinlichkeit grösser denn je, dass uns künftig vermehrt Krisen drohen, die legitimerweise eine Durchbrechung der Schuldenbremse durch ausserordentliche Ausgaben erfordern. Es sei daran erinnert, dass eine einzige Krise, die Corona-Krise, den ganzen in zwanzig Jahren erzielten Schuldenabbau von rund 25 Milliarden auf einen Schlag wieder vernichtete. Es ist deshalb absolut nötig, die überdurchschnittliche Resilienz des Kleinstaates nicht zu gefährden. Bundesrat und Parlament werden also nicht umhinkommen, ihrer wahren Verantwortung nachzukommen und auch schmerzhaft Prioritäten zu setzen.

4) Die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit

Noch vor wenigen Jahren hat niemand mehr ernsthaft geglaubt, Kriege könnten je wieder den Kern Europas bedrohen. Diese Illusion wurde durch den Angriff Russlands auf die Ukraine zertrümmert. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz nicht mehr nur durch Attacken der sogenannten hybriden Kriegsführung betroffen werden könnte, sondern auch durch harte physische Angriffe etwa auf Infrastrukturen, die für die Schweiz oder gar ganz Europa wichtig sind, ist merklich gestiegen. Deshalb muss die Armee ihre lange vernachlässigte Kampfkraft wieder aufbauen. Aber der Kleinstaat ist weder wirtschaftlich noch technologisch in der Lage, sich im modernen Krieg eigenständig zu verteidigen. Er muss deshalb zwingend mit befreundeten Streitkräften kooperieren, was nicht nur der Interoperabilität der Systeme und Doktrinen bedarf, sondern auch des Trainings. Das ist unserer geografischen und politischen Lage wegen nur mit der NATO möglich. Alles andere sind Illusionen. Das bedeutet zweierlei: Signifikante Erhöhung der Investitionen in die Rüstung (wobei auch dabei im Lichte der Erfahrungen mit den aktuellen Kriegen Sparsamkeit, Priorisierung und Effizienz verlangt werden müssen) und Anpassung der Neutralitätspolitik.

«I have a dream»

Ich bin nicht mehr im Alter, in dem man noch viele Träume hat. Aber inspiriert von Martin Luther Kings «I have a dream» könnte ich mir folgenden Traum vorstellen:

Die Regierungsparteien verkünden, dass sie von 2024 bis und mit 2026 jeden Gedanken an Wahlen aufgeben, sich auf Lösungen und Kompromisse konzentrieren und keine Volkinitiativen lancieren, deren Finanzierung nicht gleichzeitig sichergestellt ist.

Die Vereinigung aktiver Senior:innen VASOS entschuldigt sich bei der jungen Generation dafür, dass um die 80 Prozent Ihrer Mitglieder für die 13. AHV-Rente gestimmt haben, und verspricht, nur noch generationengerechte AHV-Reformen zu unterstützen.

Der Arbeitgeberverband startet eine Initiative zur Integration der über Fünfzigjährigen, zur Schaffung betriebseigener erschwinglicher Kitas und zur Verbesserung der Integration von Lehrlingen aus Einwandererfamilien.

Economiesuisse startet ein Programm zur Helvetisierung von Expats und führt für Topmanager analog zum Hippokratischen Eid der Ärzte einen Eid zur Wahrung der Prinzipien des Ehrbaren Kaufmanns ein. UNIA verkündet, dass Vollbeschäftigung und florierende Unternehmen der beste Lohnschutz seien und dass sie deshalb zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen keine Gesetzesvorstösse zur Verkrustung der Arbeitsmärkte mehr lanciere, sondern Vorlagen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstütze und sich auf das sozialpartnerschaftliche Aushandeln von für die Arbeitnehmer günstige, aber für die Betriebe tragbare Arbeitsbedingungen konzentriere.

Die Rest-CS gibt bekannt, dass die für das Desaster Verantwortlichen freiwillig signifikante Beträge aus ihren Bonustöpfen zurückbezahlt hätten.

Und die Freisinnigen erarbeiten mit den Sozialdemokraten zusammen ein einvernehmliches Konzept, wie der Staat gezielt, ohne Fehlanreize, ohne Mitnahmeeffekte und zu erschwinglichen Kosten den wirklich Armen wirksamer als heute unter die Arme greifen könnte.

Da ich aber weiss, dass Träume das eine, aber das Erwachen danach das andere sind, und dass das Anpacken des Notwendigen harte Knochenarbeit und nicht Träumerei ist, könnten wir uns vom früheren deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog inspirieren lassen, der – als Deutschland in einer schwierigen Situation war – forderte, dass ein «Ruck» durch Deutschland gehen müsse, dass alle Opfer bringen müssten und dass die Interessengruppen nicht zu Lasten des Gemeininteresse wirken dürften. Genau so einen Ruck bräuchte jetzt die Schweiz, wie ihn beispielsweise in den Dreissigerjahren der Gewerkschafter Konrad Ilg und der Arbeitgeber Ernst Dübi fertigbrachten, die nach wohlstandsgefährdenden erbitterten Arbeitskämpfen im Juli 1937 das sogenannte Friedensabkommen der Metall- und Uhrenindustrie abschlossen, das zur Grundlage der für die Schweiz so segensreichen Sozialpartnerschaft wurde.

Das bräuchte es jetzt: Eine Schweiz, die sich nach Murren und Ringen an einen Runden Tisch setzt, um die vorhandenen Ressourcen mit den Herausforderungen des Landes in Einklang zu bringen. Klar, unsere Reserven sind so, dass sich die Schweiz noch lange irgendwie durchwursteln kann, ohne unterzugehen. Aber das längerfristige Resultat wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit der Abstieg ins europäische Mittelmass von Überverschuldung, hoher Arbeitslosigkeit, mehr Inflation, politischer Unrast, mehr Ungleichheit und tieferem Wohlstand. Deshalb meine letzte Frage zum Schluss: Wollen wir das? Ich meine nein. Unsere Ausgangsposition ist gut, wir haben die Kraft zum Ruck, aber wir müssen es wollen!